



Pressemitteilung

Schulkosten senken – Bildungsgerechtigkeit steigern!

Kinderschutzbund fordert seit über einem Jahrzehnt Lernmittelfreiheit

KIEL 27. August 2026. Im Hinblick auf die heutige Beratung des Schleswig-Holsteinischen Landtags bezüglich eines Berichtes zu Lehrmittelfreiheit und Lehrmittelkosten zeigt sich Der Kinderschutzbund LV SH nur zurückhaltend optimistisch: „Es fehlt nicht an Wissen oder Ideen – Berichte, Studien und Statistiken zum Thema liegen seit Langem vor. Was fehlt, sind Entschlossenheit und politischer Wille, daraus Konsequenzen zu ziehen und zu handeln“, erklärt die Landesvorsitzende Sophia Schiebe.

Bereits 2016 hatte eine vom Landtag in Auftrag gegebene Studie bestätigt, dass die durchschnittlichen Schulkosten von rund 1.000 Euro pro Schuljahr insbesondere für Familien mit keinem oder geringem Einkommen eine erhebliche Belastung darstellen. Eine landesweite, schulartübergreifende Eltern-Umfrage der Arbeitsgemeinschaft der Kieler Kreiselternbeiräte kam im März 2023 sogar auf durchschnittlich 1.300 Euro pro Kind und Schuljahr. Inzwischen sind die Preise weiter gestiegen: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verteuerten sich Schul- und Lehrbücher im Vergleich zum erneut um 3,8 Prozent, Schreib- und Zeichenmaterial um bis zu 1,7 %.¹

Wie groß der Handlungsbedarf ist, zeigt auch der aktuelle Bericht der Landesregierung zur Situation kinderreicher Familien in Schleswig-Holstein. Demnach liegt deren Armutsgefährdungsquote bei 34,0 %. Damit lebt jedes dritte Kind in einer kinderreichen Familie unterhalb der Einkommensarmutsgrenze. Insgesamt ist nach wie vor jedes fünfte Kind in Schleswig-Holstein arm oder von Armut bedroht.

„Dass Lernmittelfreiheit – also die kostenfreie Bereitstellung *aller* für den Schulalltag erforderlichen Materialien, einschließlich digitaler Endgeräte – ein zentraler Handlungsansatz zur Bekämpfung von Kinderarmut bei gleichzeitiger Förderung von Bildungsgerechtigkeit ist, betonen wir unermüdlich“, erinnert die DKSB SH Landesvorsitzende. „Seit 2013 weisen wir immer wieder die belastende und stetig steigende Kostensituation von Eltern schulpflichtiger Kinder in Schleswig-Holstein hin.“ Die weitere Erhebung verlässlicher Daten sei zwar wichtig, um die Entwicklung zu dokumentieren. Nun müsse es jedoch vornehmlich darum gehen, die vorhandenen Erkenntnisse endlich in konsequentes politisches Handeln zu übersetzen und die Schulkosten durch echte Lernmittelfreiheit zu senken. „Bildungschancen dürfen nicht länger von der Zahlungsfähigkeit der Eltern abhängig sein“, fordert Sophia Schiebe.

¹ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2025/PD25_30_p002.html